

## A4NEU Tax the West statt Frust für den Rest!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 10.11.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

### Antragstext

#### 1 Tax the West statt Frust für den Rest!

#### 2 35 Jahre Ungleichheit

Als mit dem 3. Oktober 1990 die DDR im Zuge der Wiedervereinigung endete, waren weitreichende Veränderungen und Umstrukturierungen für die Menschen vor Ort noch lange auf der Tagesordnung. Bei der freien Volkskammerwahl 1990 hatte eine Mehrheit der DDR-Bürger\*innen für die Versprechungen einer zeitnahen Wiedervereinigung gestimmt. Im anschließenden Prozess stärkte diese Grundsatzentscheidung die Position der alten Bundesrepublik und führte zu teils sehr ungleichen Verhandlungen. Die anschließende Transformation war ähnlich stark vom Bonner Machtzentren bestimmt. Nicht selten stellte sich Frustration, gefüttert von weitreichenden Privatisierungen, massiven Jobverlusten und mangelnder Mitbestimmung, im Transformationsprozess ein. Die hohe Arbeitslosigkeit führte bei Betroffenen nicht nur zu finanziellem Verlust, sondern häufig auch zu Statusverlust, mangelndem Selbstwert und schwindendem Zugehörigkeitsgefühl. Mit Elitenimporten aus Westdeutschland wurde der Osten nach neoliberalen Vorstellungen mit wenig Rücksicht auf die Strukturen vor Ort umgebaut/umstrukturiert.

35 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland. Fehlende Infrastruktur, medizinische Versorgung, mangelnder Zugang zu kulturellen Angeboten sind knallharte Realität in Ostdeutschland. Mit Überalterung, ohne Konzepte für die Jugend im ländlichen Raum und immer präsenterer rechter Politik ist der Osten gerade für junge Menschen oft nicht attraktiv, was zu weiterer Abwanderung führt. Ostdeutsche Biographien sind sowohl in politischen Ämtern, als auch in Führungspositionen allgemein unterrepräsentiert und Aufstiegshindernisse wirken weiterhin. Auch die Firmensitze von DAX-Unternehmen sind in Ostdeutschland nicht zu finden.

Bis heute verdienen Ostdeutsche durchschnittlich weniger Geld, haben eine geringere Rente, weniger Vermögen und wohnen häufig bei "Wessis" zur Miete.

Es hat sich eine gewisse politische Resignation breit gemacht. Eine Resignation, die sich durch das Gefühl des „Vergessen-Worden-Seins“ und das Ignorieren ostdeutscher Perspektiven sowie grundsätzlicher Gerechtigkeitsfragen eingestellt hat. Diese Resignation wird von der AfD ausgenutzt. Mithilfe von Heimatsidentität und falscher Nostalgie, nach Zeiten die es nie gab, heizt sie die Angst vor Statusverlust an und beansprucht die Deutungshoheit über den Osten für sich. Sie schüren rassistische Feindbilder und einen identitären Kult, der bestehenden Frust ausnutzt und als Hass gegen marginalisierte Gruppen richtet, statt sich komplexen sozialen Problemen zu stellen und echte Lösungen anzubieten. So wird durch Ausgrenzung, Hass und Hetze falsche Solidarität

40 versprochen. Das Ziel der Rechten war nie Gerechtigkeit, sondern Machtergreifung  
41 und ein autoritärer Staatsumbau.

42 Populismus statt gerechte Politik: Rechtsrutsch made by  
43 "Mitte"

44 Ungleichheiten und deren Ausschlichtung von Rechts gibt es nicht erst seit  
45 gestern. Trotzdem stehen große Teile der Politik, was Antworten angeht, völlig  
46 blank da. Nach 15 Jahren kommt die CDU auf die Idee, die AfD inhaltlich stellen  
47 zu wollen. Auf kommunaler Ebene gibt es schon lange keine Brandmauer mehr und  
48 auch auf Landes- und Bundesebene ist sie instabiler als die Carolabrücke in  
49 Dresden. Statt Lösungen auf soziale Fragen, Repräsentationslücken, fehlende  
50 Infrastruktur, Abwanderung und Strukturschwäche zu erarbeiten, wird die  
51 identitäre Masche von rechts kopiert und nach unten und gegen marginalisierte  
52 Gruppen getreten.

53 Mit brutalem Durchgreifen, wie rechtswidrigen Grenzschießungen, wird nationale  
54 Handlungsfähigkeit vorgespielt, die in einer globalisierten Welt so nicht  
55 existiert. Diese Politik kann nur zu weiterer Enttäuschung führen, weil das Ziel  
56 der Abschottung und Ausgrenzung in sich unmenschlich und faschistisch ist. Die  
57 Konservativen (inklusive SPD) schaffen selbst die Grundlage, von Rechtsaußen  
58 ersetzt zu werden und dabei die ganze Gesellschaft mit in den Untergang zu  
59 reißen, indem sie die Abwärtsspirale von Hass und Hetze weiter füttern. Rechtes  
60 Gedankengut wird weiter normalisiert, ohne an den Ursachen von Frustration und  
61 Misstrauen irgendetwas zu verändern.

62 Auch die Kürzungspolitik auf Bundes- und Landesebene gießt dabei weiter Öl ins  
63 Feuer! Statt Perspektiven zu schaffen, werden erfolgreiche Programme für Kultur,  
64 Natur und Demokratie zusammengestrichen und Existenzen gefährdet. Menschen und  
65 Regionen werden Chancen genommen, sich weiterzuentwickeln und dem Frust  
66 Lebensqualität und Hoffnung entgegenzusetzen. Gemeinsame Projekte, die  
67 Selbstwirksamkeit und Austausch fördern, werden aus ideologischen Gründen  
68 beerdigt. Der Mindestlohn wird trotz großer Ankündigungen weiter von der  
69 Mindestlohnkommission gesetzt und reicht auch nach Erhöhung nicht aus, um ein  
70 würdiges Leben zu finanzieren. Gerade für die vielen Beschäftigten in  
71 Ostdeutschlands Niedriglohnsektor ist das ein weiteres gebrochenes Versprechen!

72 Und nicht zuletzt die Sozialstaatsreformen auf Bundesebene sind brutale,  
73 populistische Symbolpolitik, die kürzen, wo es nichts zu kürzen gibt und  
74 Menschen in der Perspektivlosigkeit mit Sanktionen droht. Statt in einer  
75 verunsichernden Zeit Sicherheit zu geben, wird öffentlich vermittelt: Wenn es  
76 dir am schlechtesten geht, hast du von der Gesellschaft gar nichts zu erwarten!  
77 Nachtreten statt Halt geben – get wrecked statt Respekt. Wie wenig kann man aus  
78 der ostdeutschen Transformation gelernt haben?

79 Auch hier ist der Osten wieder einmal besonders betroffen. Menschen ohne  
80 Tarifbindung sind besonders verletzlich. Diese Tarifbindung ist im Osten  
81 geringer als im Westen. Insgesamt sind in Ostdeutschland mehr Menschen von  
82 Sozialleistungen abhängig und direkt von Kürzungen betroffen. Ohne Vermögen gibt  
83 es keine Rücklagen, die vor Härten schützen. Die Politik der aktuellen  
84 Bundesregierung ist staatlich organisierte Entsolidarisierung von einem sowieso  
85 schon menschenunwürdigen Ausgangsniveau durch das viel zu niedrige Bürgergeld.  
86 Diese Entsolidarisierung des Staates in Krisenzeiten ist dabei gelebtes und

87 geerbtes Trauma in Ostdeutschland, das weiter vertieft wird. Am Ende dieses  
88 Prozesses stehen weiteres Misstrauen in die Politik, Perspektivlosigkeit und  
89 eine eigene Entsolidarisierung der Menschen als Reaktion auf die  
90 gesellschaftlichen Umstände, die sie erleben.

91 Aber das ist kein Naturgesetz...

92 Wir sind der Andere Osten!

93 ...denn viele in Ostdeutschland treten dieser Politik entgegen. In Bündnissen  
94 gegen Rechts, Kulturvereinen und Kollektiven, in Gewerkschaften, in politischen  
95 Jugendverbänden, auf CSDs und demokratischen Dorffesten gestalten wir den Osten  
96 statt zu spalten. Wir alle sind der „Andere Osten“, der als Antwort auf  
97 Strukturwandel, Abwanderung, Klassismus und Rassismus demokratische Perspektiven  
98 bietet. Uns geht es darum, Ungerechtigkeit abzuschaffen, nicht darum, sie  
99 auszuschlachten. Wir enttarnen die identitäre Masche, statt einzustimmen: Die  
100 Antwort auf Frust und Enttäuschung ist Selbstwirksamkeit und Solidarität.

101 Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Von stilisierten Kulturkämpfen  
102 und gegenseitigem „Nach-Unten-Treten“ profitieren nur die, die  
103 Verteilungsdebatten verhindern wollen. Wir wollen nicht nur gleichwertige  
104 Lebensverhältnisse, wir wollen ein gutes Leben für alle! Wir wollen blühende  
105 Landschaften statt Blumensträußen auf Festakten! Wir wollen Landkreise, in denen  
106 Jugend nicht Abhängigkeit bedeutet sowie Dörfer, in denen Kultur nicht nur auf  
107 Streamingdiensten läuft. Wir wollen Schulsozialarbeit, Kitas die nicht marode  
108 sind und Mitbestimmung überall! Wir wollen ein stabiles Klima und ertragbare  
109 Sommer in den Städten. Wir wollen Orte, die alle Willkommen heißen und  
110 unabhängig von Gender, Herkunft, Hautfarbe und Behinderung ein Safe Space sind.  
111 Wir fordern gerechten Lohn, gerechte Rente und Vermögensumverteilung!  
112 Milliardär\*innen sind eine Gefährdung für die Demokratie und die wenigsten  
113 Villen stehen in der Uckermark oder am Thüringer Meer. „Tax the Rich!“ heißt  
114 auch: „Tax the West!“

115 Rechtsrutsch ist kein Naturgesetz und Ostdeutschland hat schon einmal gezeigt,  
116 dass es anders kann, als alle erwarten. Die Friedliche Revolution war ein Moment  
117 der Befreiung – ein Moment der Solidarität im Widerstand, auf die Straße zu  
118 gehen, ohne den Ausgang zu kennen. Sie war ein Moment der Selbstwirksamkeit, der  
119 zeigt: Selbst eine Diktatur kann abgeschafft werden. Soziale Veränderung kann  
120 schnell gehen und ihr Ausgang liegt an uns. Es ist keine Zeit für  
121 Schwarzmalerei.

122 Nichts ist verloren und wir können so viel gewinnen!

123 Forderungen

124 Deshalb fordern wir auch innerverbandlich mehr Solidarität sowie finanzielle und  
125 organisatorische Unterstützung von strukturstarken Westverbänden. Es braucht  
126 mehr Bildungsarbeit zu Ost-West-Unterschieden, auch um Ostperspektiven zu  
127 stärken. Unsere Situation muss bei Diskussionen immer mitgedacht werden, ohne  
128 dass wir ständig sagen müssen „aber der Osten“!

129 Wir setzen uns für das Landtagswahljahr 2026 als Ziel, die ostdeutschen  
130 Bundesländer, also Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aktiv zu

131 unterstützen. Konkret bedeutet das für uns zum einen Support auf Social Media.  
132 Außerdem planen wir im Sommer Wahlkampfbesuche nach Sachsen-Anhalt. Dort wollen  
133 wir tatkräftig personelle und organisatorische Unterstützung leisten. Das ist  
134 für uns gelebte Solidarität.

135 Von der Landes- und Bundespolitik fordern wir:

- 136 • Rückführung privatisierter Wohnungen in öffentliche oder  
137 genossenschaftliche Trägerschaft sowie klimafreundlichen und sozialen  
138 Neubau. Die Kommunen müssen sich mit Unterstützung von Land und Bund  
139 bemühen, die in den 1990er Jahren privatisierten Wohnungen in öffentliche  
140 oder genossenschaftliche Hand zu überführen. Dazu können staatliche  
141 Kredite bereitgestellt und durch Mietzahlungen zurückgezahlt werden.
- 142 • Mehr Unterstützung für Studierende und Studienanfänger\*innen in  
143 Ostdeutschland. Ostdeutsch sozialisierte Studierende sind in den großen  
144 Begabtenförderwerken unterrepräsentiert. Viele Studis aus Ostdeutschland  
145 kommen zudem aus einer Arbeiter\*innenfamilie und erfahren zusätzliche  
146 strukturelle Nachteile. Die Förderung durch eine Studienstiftung bietet  
147 Studierenden und Schüler\*innen finanzielle Förderung, stärkt regionale und  
148 überregionale Netzwerke, bindet Fachkräfte in Ostdeutschland und fördert  
149 Chancengleichheit. Zudem ermöglicht ein Stipendium Bildungsangebote und  
150 den Aufbau eigener Projekte und bspw. Genossenschaften. Wir fordern die  
151 Begabtenförderwerke auf, ostdeutsch sozialisierte Studierende gezielter  
152 anzusprechen und ihre Strukturen in ostdeutschen Bundesländern auszubauen.  
153 Außerdem fordern wir die Gründung einer Ostdeutschen Studienstiftung, die  
154 gezielt Strukturen vor Ort aufbauen und zielgruppengerecht werben kann,  
155 sowie einen Sonderfond Jung & Ost für die Förderung der Bildungschancen  
156 von Jugendlichen in Ostdeutschland.
- 157 • Höhere Erbschaftssteuer und Bekämpfung der Vermeidung- Gewinne aus einer  
158 höheren Erbschaftssteuer müssen genutzt werden, um Ungleichheiten zwischen  
159 Ost- und Westdeutschland bei der Vermögensbildung abzubauen. Auch die  
160 aktive Umgehung der Erbschaftssteuer durch Vermögende muss besser bekämpft  
161 werden. Steuerschlupflöcher müssen gesetzlich geschlossen und die dadurch  
162 gewonnen Gelder für einen Ausgleich zwischen Ost und West genutzt werden.  
163 Wir fordern die Einführung eines hoch angesetzten Grunderbes.
- 164 • Ausbau und finanzielle Sicherheit bzw. langfristige Förderung von  
165 Jugendzentren, Kulturhäusern, Vereinen, Initiativen und linken Freiräumen,  
166 die sich für Demokratie, Feminismus und Antirassismus einsetzen und somit  
167 antifaschistische Praxis leben.
- 168 • Stärkung demokratischer Bildungsangebote zur DDR-Zeit und den  
169 Transformationsjahren in Ostdeutschland: Neben der Auseinandersetzung mit  
170 staatlichen Repressionen und ihren Betroffenen, sollen in der Schule und  
171 Jugendprojekten auch Alltagsrealitäten in der DDR, die Transformationsjahre  
172 und ihre Auswirkungen stärker betrachtet werden. Um weitere diverse  
173 außerschulische Angebote für eine aktive Auseinandersetzung mit Geschichte

174 zu fördern, muss eine auskömmliche Finanzierung von Gedenk- und  
175 Bildungsorten gesichert werden.

- 176 • Vergesellschaftung zentraler Infrastruktur (Energie, Wohnen, Bahn), um die  
177 Fehler der neoliberalen Transformation rückgängig zu machen, aber auch in  
178 ganz Deutschland für bezahlbare Mieten und eine soziale und demokratische  
179 Infrastruktur zu sorgen.
- 180 • Tarifbindung stärken: Staatliche Aufträge nur an Unternehmen mit  
181 Tarifverträgen. Wir fordern die Tarifangleichung Ost/West, sodass es hier  
182 keine negative Sonderposition des Ostens mehr gibt.
- 183 • Gerechte Strukturpolitik: ländliche Räume stärken, Gesundheitsversorgung  
184 vor Ort ermöglichen, gezielte Finanzierung von Kulturorten,  
185 Begegnungsorten und zivilgesellschaftlichen Projekten, Ausbau vom  
186 öffentlichen Nahverkehr und Radverkehrsinfrastruktur für mehr  
187 Unabhängigkeit für Jugendliche.
- 188 • Förderprogramme für strukturschwache Regionen, die insbesondere durch die  
189 Treuhand-Privatisierungen besonders geschädigt wurden.
- 190 • Statusgarantie für Beschäftigte von erneuter Transformation betroffener  
191 Industrien. Alle Beschäftigten dieser Industrien sollen neue Jobs mit  
192 vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten durch einen Tarifspiegel  
193 Energiewende.
- 194 • Massiver Ausbau erneuerbarer Energien - Unterstützung durch Land und  
195 Kommune zur Einrichtung von Energiegenossenschaften. Gewinnbeteiligung der  
196 Kommunen und Bürger\*innen vor Ort.
- 197 • Antifaschistische Erinnerungspolitik der Nachwendejahre: Offizielle  
198 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt durch die Bundesregierung, Gedenktage  
199 und Aufklärungsarbeit